



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Streiflicht

Gesamthochschule Paderborn

Paderborn, 1975,1-4; damit Ersch. eingest.

Studentisches

urn:nbn:de:hbz:466:1-8520

Abteilungen Meschede und Soest, (vgl. Protokoll der diesbez. Sitzung) nicht stichhaltig sind. Dies geht nach Auffassung des Senats eindeutig aus den Verlautbarungen und Dokumentationen der Fachbereiche 11,12, 15 und 16 hervor, die dieser Stellungnahme als Anhang beige-fügt sind.

4. Appell an den Minister

Der Gründungssenat sieht keine überzeugenden Gründe, von seiner Entscheidung, in den Fachbereichen 10 bis 12 und 14 bis 16 gemeinsame integrierte Studiengänge für die Maschinenteknik und Elektrotechnik durchzuführen, abzurücken. Er appelliert mit allem Nachdruck an den Minister, umgehend die unter Umgehung der Hochschule für das WS 75/76 (ZVS) getroffene Entscheidung rückgängig zu machen. Nur so kann nicht wieder gutzumachender Schaden von der Hochschule abgewendet werden. Nur dann sieht der Gründungssenat noch die Möglichkeit, sein Konzept einer regional akzentuierten integrierten Gesamthochschule glaubwürdig zu vertreten.

SELBSTDARSTELLUNG DER SOZIALISTISCHEN LISTE

Da die Sozialistische Liste mit 3 Mitgliedern die drittgrößte Fraktion des Studentenparlamentes der Gesamthochschule Paderborn bildet, veröffentlichen wir als 3. Beitrag unserer Reihe "Die studentischen Hochschulgruppen stellen sich vor" ihre Selbstdarstellung:

"Die Sozialistische Liste (SL) ist ein Wahlbündnis, das der Kommunistische Studentenbund Paderborn (KSB) auf der Grundlage eines Programms zu den letzten Studentenparlamentswahlen mit anderen Studenten eingegangen ist. Dieses Programm wurde in einer Sondernummer der Kommunistischen Studentenzeitung (KSZ) veröffentlicht. Es legt dar, daß sich die bürgerliche Gesellschaft in Westdeutschland seit einigen Jahren in einer Krise befindet. Diese Krise äußert sich in hohen Arbeitslosenzahlen und hohen Kurzarbeiterzahlen, in ständigen Preissteigerungen und Reallohnabbau. Gegen diese kapitalistischen Verhältnisse, die soziales Elend für viele Menschen bedeuten, muß sich das Volk zusammenschließen, um diese Verhältnisse zu beseitigen. Diese Verhältnisse können nur beseitigt

werden in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse und das Volk tatsächlich die Macht haben, die Produktion und die politischen Verhältnisse nach ihren Interessen zu bestimmen und zu leiten. Die Mitglieder der Sozialistischen Liste treten an der Hochschule dafür ein, daß die Studenten dieses Ziel auch zu ihrem Ziel machen und an der Seite des Volkes für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Die ökonomischen Schwierigkeiten des westdeutschen Imperialismus schränken den politischen Spielraum des bürgerlichen Staates ein. Sie zwingen ihn, die Ausbildung an den Hochschulen billiger und straffer zu organisieren, um die Ausbildungskosten und die Mittel für den Unterhalt der Hochschule zu senken und die Studenten auf das Ziel ihrer Ausbildung, die Funktionärstätigkeit im Dienste der bürgerlichen Klasse, festzulegen. Die Folgen dieser Politik sind, daß eine immer größer werdende Zahl von Studierwilligen durch den Numerus clausus von der Hochschule ferngehalten wird. Weiterhin zeichnet sich ab, daß eine wachsende Zahl von Studenten

ohne Studienabschluß über die verschiedensten Umwege schließlich als Lohnabhängige in Fabriken und Büroland. Außerdem ist in Anfängen eine Akademikerarbeitslosigkeit zu erkennen, was den bürgerlichen Staat dazu bewegt, die Hochschulbildung noch mehr auf die Interessen des Kapitals auszurichten. Eine Maßnahme dazu ist die Einführung von sogenannten "Praxissemestern", in denen die Studenten als billige Arbeitskräfte in den Betrieben arbeiten müssen. Die soziale Situation der Studenten verschlechtert sich in dieser Krise in schnellem Tempo. Nach der Einführung von Grunddarlehen in Höhe von 80,-- DM im vergangenen Wintersemester stellt der Staat inzwischen Überlegungen an, diese Grunddarlehen weiter zu erhöhen. Dazu kommt, daß die Studenten ab kommendem Wintersemester in die gesetzliche Krankenversicherung übernommen werden, was zur Folge hat, daß BAFÖG-Empfänger 15,-- DM für die Krankenversicherung bezahlen müssen, Nicht-BAFÖG-Empfänger müssen 25,-- DM bezahlen. Dadurch wird den Studenten die materielle Grundlage für ihr Studium entzogen. Das führt dazu, daß nach einer VDS-Erhebung inzwischen ca. 40% (!) der Studenten auch während des Semesters arbeiten müssen, um

überhaupt studieren zu können. Die Studenten wehren sich natürlich nach Kräften gegen diese Entwicklung, stoßen dabei aber auf immer stärkeren Widerstand des Staates. Der Staat sieht keine Möglichkeit mehr zum Ausgleich mit der Studentenbewegung, im Gegenteil, sie wird aufs schärfste unterdrückt. Ein Ausdruck dieser Unterdrückung ist die Errichtung von Gesamthochschulen. Mit ihrer Errichtung wurden wesentliche Rechte, die sich die Studentenbewegung erkämpft hatte, wieder rückgängig gemacht. So steht im § 38, Absatz 1 der Vorläufigen Grundordnung der GH Paderborn:

"Die Studenten der Gesamthochschule bilden die Studentenschaft. Sie ist nichtrechtsfähige Teilkörperschaft der Gesamthochschule". Dieser Passus schafft die Verfaßte Studentenschaft ab und damit wird der Kampf der Studenten stark erschwert. Die folgenden Absätze dieses Paragraphen billigen den Studenten dann nur noch die Mitwirkung an der Selbstverwaltung der Hochschule zu, nicht aber die vollständige Selbstverwaltung der Studenten. Damit ist die Organisation der Studentenschaft an der GH Paderborn von Staats wegen zur Spielwiese für die Studenten erklärt worden. Konsequent

legt dieser Paragraph dann auch noch fest, daß sich die Studentenschaft zwar eine Satzung geben darf, daß sie aber noch nicht einmal selbst bestimmen darf, wie diese Satzung aussehen muß, sondern da hat dann der Gründungssenat die Vollmacht zu entscheiden, ob er die Satzung für richtig für die Studentenschaft erachtet oder nicht. Aus diesen Gründen haben sich die Mitglieder der SL die Aufgabe gestellt, den Kampf für eine Verfaßte Studentenschaft zu führen. Dabei treten sie dafür ein, daß die Studenten sich das Recht erkämpfen, ihre Angelegenheiten selbst verwalten zu können. Dazu ist es notwendig, daß die Studentenschaft sich die Satzungshoheit erkämpft, daß sie sich die Finanzhoheit erkämpft, daß sie sich das Recht zur Wahrnehmung des politischen Mandats erkämpft und daß sie sich das Recht erkämpft, den Studentenvertretern Weisungen erteilen zu können, an die diese gebunden sind.

Darüberhinaus hat sich die SL die Aufgabe gestellt, die Studentenschaft für den Kampf um ihre Rechte zusammenzuschließen. Diese Rechte sind:

- Recht der Studenten auf ma-

terielle Gewährleistung des Studiums, soweit sie keine reichen Eltern haben, die ihnen ihr Studium finanzieren können. (Kostendeckende Ausbildungsförderung, Krankenversicherung, Sozialbeitrag),

- Recht der Studenten auf Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen und ihre Finanzierung durch den Staat.
- Recht der Studenten auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.
- Recht der Studenten auf politische Betätigungsfreiheit und politische Organisierung an der Hochschule.
- Recht der Studenten, ihre Prüfer, Prüfungsthemen, Prüfungsbedingungen zu wählen und Recht auf Öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten.
- Recht der Studenten auf Zugang zu allen Studienveranstaltungen.

Mit diesem Programm stellte sich die SL zur Wahl und konnte 88 Stimmen erringen. Im Studentenparlament ist die SL seitdem mit 3 Mitgliedern vertreten.

ASTA-RÜCKTRITT

Auf der Sitzung des Studentenparlamentes am 22. April 1975 erklärte der AStA der Gesamthochschule Paderborn geschlossen seinen Rücktritt mit der Begründung, er sehe sich aufgrund der fehlenden Satzung nicht länger in der Lage, die Aufgaben der studentischen Selbstverwaltung wahrzunehmen. Durch die Nichtannahme der Satzung sei eine partielle rechtliche Absicherung der AStA-Referenten nach einschlägigen Rechtsvorschriften nicht möglich. Für die privatrechtliche Absicherung der AStA-Referenten sei daher die Annahme der Satzung eine unabdingbare Grundvoraussetzung.

Nach § 37, Absatz 5 der Vorläufigen Grundordnung der GH Paderborn erfolgt der Erlass der ersten Satzung aufgrund einer Urabstimmung aller Studenten, die der Gesamthochschule angehören. Die Satzung ist angenommen, wenn zwei Drittel der abgegebenen Stimmen dem Entwurf zustimmen. Die Urabstimmung bedarf zu ihrer Gültigkeit einer Beteiligung von mindestens dreißig Prozent der Stimmberechtigten. An der Gesamthochschule Paderborn wurden bereits zwei Urabstimmungen durchgeführt, die aufgrund der

mangelnden Wahlbeteiligung an der 30 % - Klausel scheiterten.

In der Zeit vom 4. bis 6. Juni waren die Paderborner Studenten zu einer 3. Urabstimmung aufgerufen.

Das Ergebnis dieser Urabstimmung:

wahlberechtigt:	5.244 Studenten
es stimmten ab:	1.685 = 32,1 %
Ja-Stimmen:	1.518 = 90,09%
Nein-Stimmen:	115 = 6,8 %
Enthaltungen:	52 = 3,11%

Anmerkung der Redaktion:

Wann der Termin für die Neuwahl des AStA sein wird, stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

NEUE VORSITZENDE DES RCDS

Auf der Hauptversammlung des Ringes Christlich Demokratischer Studenten schied der bisherige Vorsitzende Thomas König wegen Examens aus seinem Amt aus. Zur neuen Vorsitzenden wurde Edith Baukal gewählt. Zweite Vorsitzende wurde Maria Wegener; Sigurd Wallmann übernahm das Amt des Kassenreferenten. Als Beisitzer wurden Heinrich Pohlmeier und Roland Hesse gewählt.

AUSSTELLUNG

Am 1. Juni 1975 wurde in der Städt. Galerie in Paderborn eine Ausstellung eröffnet, die Ölbilder, Aquarelle und Zeichnungen von Prof. Christel Poll, Dozentin im Fachbereich 4 - Kunsterziehung/ Gestaltung - aus der Zeit von 1945 - 1975 zeigte.

Nach der Begrüßung der zahlreichen Besucher durch Bürgermeister Herbert Schwiete hielt Prof. Jupp Ernst, der frühere Direktor der Werkkunstschulen Wuppertal und Kassel, eine Eröffnungsansprache. Dabei führte er aus, daß die Bilder der Künstlerin - immer an der unmittelbaren Natur orientiert - nicht von der Illusion lebten, sondern von der schöpferischen Phantasie. In jeder Phase ihrer Entwicklung schöpfe Christel Poll aus innerer Anlage und aus dem Erlebnis mystischer Landschaft. Dadurch habe sie eine künstlerische Form gefunden, die zwar nicht herausgenommen werden könne aus der Gegenwart, die aber dennoch ein Eigenleben führe. Die Ausstellung - ein "Fest der Farben" (Westfälisches Volksblatt v.3.6.) dauert bis zum 9. Juli 1975.

BESICHTIGUNG

Am 25. April 1975 hatte der Fachbereich 8 - Bautechnik - der Abteilung Höxter den Verband der Wasser- und Kulturbauingenieure Deutschlands und die Bauverwaltungen der Kreise Paderborn, Höxter, Lippstadt und der Altkreise Warburg eingeladen. Ziel war es, einen Einblick in die Einrichtungen der Hochschule zu vermitteln. Die Vertreter der Behörden und die Verbandsmitglieder besichtigten das Baustofflabor, das Straßenbaulabor, sowie das Grund- und Bodenmechaniklabor und das Wasserlabor. Die jeweiligen Labor-